

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 89. Ratssitzung vom 29. Januar 2020

### 2171. 2019/48

**Postulat von Dr. Urs Egger (FDP) und Përparim Avdili (FDP) vom 31.01.2019: Unterstützung einer allfällig entstehenden Genossenschaft der heutigen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer im Zusammenhang mit dem Projekt Thurgauerstrasse West**

Ausstand: Heidi Egger (SP), Derek Richter (SVP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Andri Silberschmidt (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 866/2019): Das Postulat fordert vom Stadtrat zu prüfen, wie gut er allfällig entstehende Genossenschaften unterstützen kann, wenn es um die Realisierung ihrer Projekte geht. Das Postulat ist ein Jahr alt. Mittlerweile hat sich bereits eine Wohnbaugenossenschaft gebildet. In dieser Logik ist es sinnvoll, das Postulat zu überweisen.*

***Christina Schiller (AL)** begründet den namens der AL-Fraktion am 27. Februar 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Ein Grund für unsere Ablehnung wurde vom Sprecher der FDP bereits erwähnt. Dieses Postulat ist für die Schublade. Die Verwaltung und der Stadtrat haben bereits gesagt, dass sie zusammenarbeiten würden, falls eine Genossenschaft gegründet wird – was mittlerweile passiert ist. Wir lehnen das Postulat jedoch auch noch aus anderen Gründen ab. Heute hat sich gezeigt, dass der Stadtrat und die Verwaltung nicht von ihrem einseitigen Verdichtungsziel wegkommen und das Gebiet nicht über den Gestaltungsplan hinaus betrachten wollen. Das vorliegende Projekt ist eine Anhäufung von verpassten Chancen, das mit allen Reparaturanträgen und -vorstössen nicht mehr zu retten ist. Wir sammeln lieber zusammen mit der IG Grubenacker Unterschriften für eine Initiative und hoffen, dass die Zürcher Stimmbevölkerung den Gestaltungsplan ablehnt. Nur so kann ein vorbildliches Projekt entstehen, bei dem die IG Grubenacker einbezogen wird. Zudem sollen für alle Eigentümerinnen, die mit der Stadt Zürich zusammenarbeiten, die gleichen Voraussetzungen gelten. Dafür sind bereits heute genügend Planungsinstrumente und Prozesse vorhanden, welche definieren, wie eine solche Zusammenarbeit aussieht.*

Weitere Wortmeldungen:

***Gabriele Kisker (Grüne):** Wir sehen es ähnlich wie die AL. Wenn man dieses Postulat im Positiven sehen möchte, sagt die FDP, sie bitte um eine Prüfung, ob dieses Projekt quartierverträglich ist. Sie wünscht, dass Bemühungen zur Kooperation vom Quartier aufgenommen werden. Bei der Verdichtung nach innen – gerade in einem Gebiet wie der Thurgauerstrasse, wo grossmassstäblich Umwälzungen möglich wären – ist die*

Stadt gefordert, mit den Grundeigentümern zusammenzuarbeiten und frühzeitig Partnerschaften zu entwickeln. Dies entspräche auch der Stossrichtung der städtischen Wohnpolitik. Dort heisst es: «Die Stadt Zürich kann ihre hochgesteckten wohnpolitischen Ziele nur mit partnerschaftlicher Kooperation mit den wichtigen Akteuren auf dem Wohnungsmarkt erreichen.» Wieso dies ausgerechnet bei der Thurgauerstrasse höchstens halberzig passiert ist und selbst der Dachverband der Baugenossenschaften nicht einbezogen wurde, bleibt schwer verständlich. Wenn sie schon nicht kooperiert, könnte die Stadt in die Trickkiste greifen und das Instrument der Quartierplanung anwenden. Ein Planungsverfahren, das über Informationsveranstaltungen und unverbindliche Anhörungen hinausgeht und gerade in komplexen Situationen mit vielen Partnern Rechtsverbindlichkeit schafft, welches Bedürfnisse von Nachbarschaften aufnimmt, Parzellenumlegungen ermöglicht und eine gute Erschliessung im neu entstehenden Quartier sichern könnte. Warum sich die Stadt sträubt, auf diese Planungsinstrumente einzusteigen, bleibt unklar. Begründet wurde dies mit der Länge des Verfahrens, mit zu vielen Beteiligten und es sei zu teuer – ohne jedoch jemals aufgezeigt zu haben, dass wenigstens ein Versuch oder konkrete Abklärungen getätigt wurden. Mit dem Postulat erhaltene STR André Odermatt vielleicht nochmals eine Möglichkeit, auf das Planungsverfahren einzusteigen, das eine Quartierverträglichkeit schafft und auf Partnerschaften zusteuert. Die Genossenschaft Grubenacker und der Dachverband der Wohnbaugenossenschaften wären bereit. Es ginge jedoch um das ganze Gebiet und nicht um einzelne Parzellen. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.

**Thomas Schwendener (SVP):** Hier sehen wir, wie die Flickarbeit losgeht. Wir haben hier verschiedene Postulate, mit denen noch etwas Förderunterricht betrieben wird. Es ist besser als gar nichts. Eine Rückweisung wäre die beste Lösung gewesen, auch wenn dies gewisse Verzögerungen bedeutet hätte. Nichtsdestotrotz stimmen wir diesem Postulat zu.

**Andri Silberschmidt (FDP):** Wenn Medienschaffende hier sind, verkünden AL und Grüne, sie kämpften mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gegen dieses Grossprojekt. Wenn nun eine Forderung kommt, die den Anwohnenden die Möglichkeit geben möchte, im Rahmen der Neuentwicklung der Thurgauerstrasse mit Hilfe der öffentlichen Hand selbst Projekte zu realisieren, lehnen die AL und die Grünen ab. Sie sammeln lieber Unterschriften, statt im Gemeinderat institutionelle Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist unehrlich.

**Andreas Kirstein (AL):** Die Genossenschaft ist eine privatrechtliche Form einer Firma. Diese Genossenschaft bereits als verlängerten Arm des stadträtlichen Organisationshandeln anzuschauen, erstaunt mich gerade von der Partei, welche die Privatinitiative und die private Organisationsform immer so hochhält. Dazu kommt: Eine Genossenschaft ist nicht per se gemeinnützig oder die bessere Rechtsform, um zu wirtschaften. Deshalb ist eine Genossenschaft auch nicht per se förderungswürdig. Deshalb liegt hier auch kein Widerspruch zu unserer üblichen Haltung vor.

3 / 3

Das Postulat wird mit 86 gegen 23 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat